

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Hat Hindenburg geantwortet?

### Wilhelms Brief eine „private“ Angelegenheit? — Verlegenes Schweigen der amtlichen Stellen.

Das Telegramm des abgedankten Kaisers an den Präsidenten der deutschen Republik hat die amtlichen Stellen des Reiches in eine furchtbare Verlegenheit gebracht. Denn die Vermutung liegt auf der Hand, daß die Tannenberglundgebung Wilhelms von ihrem Adressaten nicht unbeantwortet gelassen ist. Das deutsche Volk hat ein Recht zu erfahren, ob diese Vermutung zutrifft. Hat aber der Reichspräsident v. Hindenburg dem abgedankten Kaiser geantwortet, dann ist die öffentliche Meinung berechtigt, den Wortlaut dieser Erwiderung kennenzulernen.

Aber die Regierungsstellen lehnen die Beantwortung dieser Frage ab. Sie verschanzten sich dahinter, daß die Kundgebung Wilhelms an Hindenburg eine „private“ Angelegenheit sei! Zur Begründung dieses seltsamen Standpunktes wird darauf hingewiesen, daß die Veröffentlichung nicht durch offizielle Stellen, sondern durch eine „Indiskretion“ erfolgt sei. Ein sehr schwaches Argument! Durch die Veröffentlichung, die überdies in zwei Blättern erfolgt ist, die der stärksten Regierungspartei nahe stehen, hat die Angelegenheit jedenfalls ihren angeblichen „privaten“ Charakter verloren und sie ist zu einer öffentlichen Angelegenheit ersten Ranges geworden.

Das einzige, was die zuständigen Stellen zu erklären sich herbeilassen, ist, daß das Telegramm in Wirklichkeit kein Telegramm sei, sondern ein Brief. Die „Kreuzzeitung“ sprach zwar von einer „Drahtung“ und der von ihr veröffentlichte Wortlaut ließ in der Tat darauf schließen, daß es sich um ein Telegramm handelte, denn es beginnt mit den Worten „Bei der heutigen Weihe“ und enthält keine Anrede.

Aber, ob Brief oder Telegramm, ist nebensächlich. Die Echtheit des veröffentlichten Wortlautes wird jedenfalls von den zuständigen Stellen nicht bestritten. Es wird

auch nicht bestritten, daß eine Antwort erfolgt ist, es wird aber auch nicht bejaht, man versteckt sich hinter das Argument des „privaten“ Briefverkehrs des Herrn Reichspräsidenten.

Eine solche Haltung ist weder tapfer noch würdig. Sie ist außerdem sehr kurzfristig, denn die Vermutung liegt nahe, daß die Antwort, falls sie erfolgt ist, über kurz oder lang ebenso „inoffiziell“ veröffentlicht werden wird, wie der Wortlaut der Kundgebung Wilhelms, und dann ist die Blamage um so größer.

Die öffentliche Meinung muß den Eindruck gewinnen, daß sich die zuständigen Stellen genieren, die Antwort Hindenburgs bekannzugeben. Sollte sie etwa ebenso beginnen und schließen wie jenes Schreiben, das der Generalfeldmarschall v. Hindenburg, allerdings damals noch nicht Reichspräsident, am 28. Juli 1922 nach Doorn richtete:

„Allerburchlauchtigster, großmächtigster Kaiser! Allergnädigster Kaiser, König und Herr! ... In tiefster Ehrfurcht und größter Dankbarkeit verharre ich allezeit als Eurer Kaiserlicher und Königlich Majestät alleruntertänigster v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.“

Nur daß diesmal noch hinzugefügt werden müßte: ... Alleruntertänigster v. Hindenburg, Reichspräsident.“

Selbst wenn sich die gegenseitigen Gefühle Wilhelms und Hindenburgs inzwischen etwas abgekühlt haben sollten, wie oft behauptet wird, so ist doch kaum anzunehmen, daß der greise Feldmarschall seinem früheren Kriegsherrn den Affront angetan haben sollte, seinen neuen Tannenbergbrief unbeantwortet gelassen zu haben. Heraus also mit dieser Antwort, so un bequem sie auch für die amtlichen Stellen und für den Reichspräsidenten selbst sein mag!

## Das gemeinsame Recht.

### Für Deutschland und Oesterreich.

In der heutigen Sitzung des Strafrechtsausschusses des Reichstags berichtete Reichsjustizminister Hergt über die Beobachtungen, die er bei seinem Besuch in Oesterreich über die Ausschüsse für die Annahme des gemeinsamen Strafgesetzes für beide Länder gemacht hat. Er wies daraufhin, daß im österreichischen Parlament alle Parteien sich über den Strafgesetzentwurf geeinigt haben. Der sozialdemokratische Vertreter Dr. Eisler habe erklärt, daß er dem Entwurf mit „einer freundlichen Voreingenommenheit“ gegenüberstehe. Die österreichischen Sozialdemokraten verlangten Vorbehalte, daß nicht aus der Nebeneinanderarbeit der Ausschüsse beider Parlamente mangels einer Führungsnahme beider Körperschaften Unheil entstehe. Man werde in Oesterreich alle politischen und Weltanschauungsfragen zurückstellen und die Entscheidung des deutschen Parlaments über diese Fragen abwarten. Nach Abschluß der ersten Lesung wünscht der Minister eine Fühlungnahme mit den österreichischen Organen der Gesetzgebung. Herr Eisler erklärte, daß die österreichischen Organe der Gesetzgebung ein engeres Zusammenarbeiten beider Parlamente verlangt, der Minister habe sich vorläufig nur dahin ausgesprochen, daß bei den Beratungen so intensive Maßnahmen nicht in Aussicht genommen seien.

Genosse Dr. Rosenfeld wies darauf hin, daß die vom Reichsjustizminister in Aussicht genommene „Fühlungnahme“ nicht ausreicht, daß vielmehr eine engere Verbindung zwischen beiden Ländern und zwar durch die parlamentarischen Vertretungen geschaffen werden müsse. Die Verhandlungen der Regierungsovertreter seien gewiß wichtig, aber nicht ausreichend, es genüge auch nicht, daß man erst nach der ersten Lesung zusammenkommen wolle. Oesterreich würde dann vor bereits gefaßte Beschlüsse gestellt sein und jeder Beeinflussung der Stellungnahme beraubt sein. Nur der sozialdemokratische Antrag, der Verhandlungen durch Unterausschüsse beider Parlamente wolle, die entsprechend der parlamentarischen Zusammenfassung der Ausschüsse gebildet seien, sei in der Lage, die deutschösterreichische Strafrechtsangleichung zur Durchführung zu bringen.

Abg. Wunderlich (D. Sp.) machte auf außenpolitische Bedenken aufmerksam und wünschte zunächst eine Auskunft der Reichsregierung darüber, ob sie etwa Schwierigkeiten von der Entente fürchte, wenn der sozialdemokratische Antrag angenommen werde. Die Oesterreicher würden mehr Rücksicht auf uns nehmen müssen als wir auf sie, denn das deutsche 62-Millionen-Volk müsse entschwerteren Einfluß haben als das österreichische 6-Millionen-Volk. Von einer vollständigen Gleichberechtigung könne nicht die Rede sein.

Reichsjustizminister Hergt erklärte zur österreichischen und staatsrechtlichen Seite der Frage, daß das Kabinett die Frage eingehend prüfen müsse.

Abg. Emminger (Bayer. Sp.) teilt die außenpolitischen Bedenken nicht, erklärt sich vielmehr mit dem sozialdemokratischen Antrag ein-

verstanden, jedoch mit dem Wunsche, einen Zusatz hinzuzufügen, durch den die deutsche Regierung aufgefordert wird, mit der österreichischen Regierung zur Durchführung dieses Beschlusses des Reichstags in Verbindung zu treten. Ein entsprechender Antrag Rosenfeld-Emminger lag den weiteren Erörterungen zugrunde.

Nach weiterer ausführlicher Debatte erklärte der Vorsitzende Abg. Kahl, daß er ursprünglich mehr für Privatbesprechungen deutscher und österreichischer Abgeordneter gewesen sei. Nach dem Verlauf der Diskussion müsse die Sache aber anders geregelt werden. Völkerrechtlich und staatsrechtlich habe er keine Bedenken. Er schlägt vor, daß zunächst drei deutsche Reichstagsabgeordnete mit drei österreichischen über die Herbeiführung einer Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem österreichischen Parlament verhandeln.

Genosse Rosenfeld erklärte sich für die sozialdemokratische Fraktion mit diesem Vorschlag einverstanden.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Beschlüßfassung über den sozialdemokratischen Antrag einstweilen auszusetzen und

zunächst einige Vertrauensmänner zu bestimmen, die mit Vertrauensmännern des österreichischen Parlaments in Verbindung treten sollen.

Runmehr entbrennt eine große Debatte über die Frage, ob die Zahl dieser Vertrauensleute 3, 4 oder 5 sein solle und welche Fraktionen bei 3, 4 und 5 vertreten sein sollen. Zunächst scheint man schon einig zu sein, außer dem Vorsitzenden einen Sozialdemokraten und einen Zentrumsmann zu schicken; dann verlangen die Deutschnationalen eine Vertretung, worauf auch die Kommunisten den gleichen Anspruch erheben. Auch die Bayerische Volkspartei meldet ihre Ansprüche an. Nach langem Hin und Her geht ein Antrag Zapf (D. Sp.) ein, drei Vertrauensleute zu bestimmen, den Vorsitzenden des Ausschusses, einen Vertreter der Regierungsparteien und einen Vertreter der Oppositionsparteien. Die Deutschnationalen erheben sich Bedenkzeit, weil sie offenbar einem Zentrumsmann nicht das genügende Vertrauen entgegenbringen. Sie lehnen auch bei den Regierungsparteien durch, daß ein Vertreter der Bayerischen Volkspartei gewählt wurde. Die Oppositionsparteien (Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten) einigten sich auf einen Sozialdemokraten. Es wurden dann zu Vertrauensleuten bestimmt: Emminger für die Regierungsparteien, Dr. Rosenfeld für die Oppositionsparteien.

Der Ausschuss trat dann in die Beratung der Frage ein, ob Pressevertreter zu den Beratungen zugelassen werden dürften.

Reichstagspräsident Löbe legte dar, daß auf Grund des § 34 der Geschäftsordnung die Zulassung von Pressevertretern nicht möglich sei. Die Geschäftsordnung wolle offenbar die Beratung der Ausschüsse auf die Abgeordneten beschränken. Wenn ein Herr, ohne Abgeordneter zu sein, an den Beratungen teilnehme, der für die Presse Berichte macht, so nehme er daran als Vertreter der Regierung und nicht als Vertreter der einzelnen Zeitungen teil.

## Amnestie tut not!

### Unabhängig von der Hindenburgfeier.

Die zum 80. Geburtstag des Reichspräsidenten in Aussicht genommene „Amnestie“ ist im eigentlichen Sinne keine. Nach der Reichsverfassung bedürfen Amnestien eines Gesetzes, der Reichspräsident übt das Begnadigungsrecht. Das bedeutet: nur auf gesetzlichem Wege können ganze Kategorien von Verurteilten nach allgemeinen Gesichtspunkten begnadigt und ebenso schwebende Verfahren niedergeschlagen werden. Der Reichspräsident kann nur in bestimmten Einzelfällen, in denen bereits rechtskräftige Strafurteile vorliegen, die Strafe ganz oder teilweise erlassen. Da nun weder das Reich noch die Länder Amnestiegesetze geschaffen haben, so handelt es sich bei der sogenannten Hindenburg-Amnestie nur um eine vermehrte Zahl von Einzelbegnadigungen.

Dabei sollen allerdings bestimmte allgemeine Gesichtspunkte maßgebend sein. Soweit „gemeine“ Verbrechen in Frage kommen, sind das, soweit verlautet, aber die gleichen Gesichtspunkte, wie sie auch in der übrigen Gnadenpraxis, z. B. bei den sehr zahlreichen Begnadigungen, wie sie Tag für Tag das preussische Justizministerium vornimmt, eine ausschlaggebende Rolle spielen: Bisherige Unbefristetheit, gute Führung, Wiedergutmachung des angerichteten Schadens durch den Verurteilten usw. Wesentlich wird also nur die vermehrte Begnadigung solcher Delikte sein, die aus politischen Motiven begangen wurden.

Der Reichspräsident wird hierbei über die Fälle zu entscheiden haben, die durch das Reichsgericht zur Ururteilung gelangt sind. Im übrigen wird das Gnadenrecht durch die Landesregierungen ausgeübt. Zwar ist über den Umfang der beabsichtigten Gnadenerweise nur erst gerücheweise einiges in die Öffentlichkeit gelangt, doch wird man, ohne ihn zu kennen, bereits jetzt sagen können, daß das Prinzip der Einzelbegnadigungen sich nicht als ausreichend erweisen dürfte.

Das trifft namentlich auf die politischen Verbrechen und Vergehen zu, die in der erregten Zeit des Jahres 1923 verübt worden sind. Allerdings: die Rechtspolitiker dieses Jahres sind ja so milde bestraft worden, daß für sie eine Amnestie im jetzigen Zeitpunkt kaum noch praktischen Wert haben dürfte. Major Buchrufer dürfte der einzige von ihnen sein, der zurzeit noch eine Festungsstrafe verbüßt. (Die Fememorde der schwarzen Reichswehr können als politische Vergehen kaum angesprochen werden.) Dagegen werden noch jetzt fortwährend vom Reichsgericht Kommunisten wegen angeblicher — nunmehr vier Jahre zurückliegender — Hochverratsstaten zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt, eine Anzahl Prozesse stehen noch bevor, zahlreiche Personen werden auch noch stöckelnd verfolgt.

Es ist endlich an der Zeit, nachdem seit 1923 eine vollständige Aenderung der Verhältnisse und eine allgemeine Beruhigung eingetreten ist, unter die Ereignisse dieses Jahres einen Schlussstrich zu ziehen. Von denen, die damals auf Gehäß der kommunistischen Zentrale sich in tödliche Zerstörungs- und Sprengstoffaktionen eingelassen haben, dürften neun Zehntel inzwischen ohnehin die Sinnlosigkeit ihres damaligen Unterfangens eingesehen haben. Hat doch die kommunistische Partei selber seitdem eine sichtbare Schwelung vorgenommen, die den Verzicht auf gewalttätige Aktionen zwar nicht klar ausspricht, aber zur offensichtlichen Tatsache macht. Die moralische Schuld an den damaligen Wahnsinnstaten beschränkt sich auf einen kleinen Kreis von Führern der Zentrale, während die große Masse der Verführten es längst bereut, durch falsch verstandene Parteidisziplin und durch blinden Gehorsam gegen verantwortungslose Führer sich ins Unglück geführt zu haben. Will der Reichstag schon nicht die Gesamtheit der damaligen Vorgänge amnestieren, so sollte er nach dem Vorbild der Kapp-Amnestie die Verantwortung wenigstens auf die Zentralführung beschränken.

Ein besonderes Kapitel für sich bildet ferner der Fall Marz Hoelz. Es ist unverständlich, wieso das Wiederaufnahmeverfahren noch nicht längst stattgefunden hat, nachdem der einzige Belastungszeuge für den Totschlag, den Marz Hoelz begangen haben soll, seine Aussage widerrufen und der wirkliche Täter sich freiwillig gestellt hat. Bei diesem Schnedengang der Justiz wird man zu der Annahme genötigt, daß hier irgendwelche unsichlichen Verschleppungsmanöver vorliegen. Fällt aber der angebliche Totschlag bei Marz Hoelz weg, so bleibt nur ein vor sechs Jahren begangenes politisches Delikt, das durch die seitdem verbüßte Zuchthausstrafe stärker gefühnt ist, als die Hochverratsstaten aller Rechtsradikalen zusammen.

Mag nun auch im Falle Hoelz durch Einzelbegnadigung Abhilfe zu schaffen sein, so sind doch Gesamtamnestien für die Ereignisse des Jahres 1923 und auch für die letzten noch immer in Haft sitzenden Opfer der bayerischen Käsezeit — wieweil liegt nun über acht Jahre zurück — unbedingt notwendig. Wir legen dabei gar keinen Wert darauf, daß diese Amnestien durchaus im Zusammenhang mit dem Geburtstag Hindenburgs erlassen werden. Das von den Kommunisten gebotene würdelose Schauspiel, zum 2. Oktober Straßendemonstrationen gegen Hindenburg anzukündigen, gleichzeitig aber den Reichspräsidenten um Amnestie anzuwinkeln, kann einen anständigen Republikaner wahrhaftig nicht reizen. Es ist mehr als grotesk, wenn es im kommunistischen Aufruf entwirft heißt: „Hindenburg soll gefeiert werden, wie einfi-



mals Kaiser Wilhelm II." — und wenn dann die Kommunisten durch eine pompöse Hindenburg-Amnestie den populären Hintergrund zu dieser Feter schaffen wollen! — Für unsere Förderung ist nicht der Geburtstag des Reichspräsidenten, sondern die sachliche Notwendigkeit entscheidend, mit den Hochverratsprozessen aus einer geschichtlich überwundenen Putschperiode endlich Schluß zu machen.

### Ein Brief der KPD.

Und was darauf zu antworten ist.

Die „Rote Fahne“ brüllt seit einigen Tagen nach der Antwort auf einen Brief, den die Berliner kommunistische Bezirksleitung an den sozialdemokratischen Bezirksverband geschrieben hat. In diesem Brief, der die Ueberschrift trägt „Werte Genossen“ und der „mit proletarischem Gruß“ schließt, wird zu einer gemeinsamen Gegendemonstration an Hindenburgs 80. Geburtstag aufgefordert. Die „Rote Fahne“ weiß natürlich ganz genau, daß dieser Brief, ebenso wie andere dieser Art, ohne Antwort bleiben wird. Man kennt die „Genossen“-Befinnung der Kommunisten gegenüber der Sozialdemokratie und die Bedeutung ihrer „proletarischen Grüße“ zu genau, als daß man für derartige Briefe einen anderen Platz hätte als den Papierkorb. Hindenburg wäre ja auch nicht Reichspräsident, wenn nicht die Kommunisten durch ihre lächerliche Thälmann-Kandidatur seine Wahl absichtlich und bemußt herbeiführt hätten.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht täglich in spaltenlangen Artikeln die blödsinnigsten Lügen über die Sozialdemokratische Partei und ganz besonders über den „Vorwärts“. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie und sein Zentralorgan fällt sie vollständig aus. Daß auf diese Weise kein Raum bleibt für den Kampf gegen den Bürgerblock, gegen Kapitalismus und Reaktion hat selbst Thälmann auf einer kommunistischen Parteikonferenz bemerkt.

Wir haben den Kampf für die vielfältigen Interessen der Arbeiterklasse und gegen ihre Gegner zu führen. Der Klaffer hinter uns mag sich noch so wütend gebärden, mehr als einen gelegentlichen Fußtritt wird es für ihn nicht geben. Wenn die KPD meint, daß man ihr auf all ihre albernen Entlarvungsmanöver und läugerischen Schwähereien antworten müsse, dann überschätzt sie ihre Bedeutung.

### Die „Ruthenen“ ausgeschlossen.

Daß Etli gegen die Ultralinken.

Die Gruppe Maslow-Ruth-Fischer — in kommunistischen Kreisen als die „Ruthenen“ bezeichnet — hat vor einiger Zeit an die Moskauer Leitung der kommunistischen Internationale den Antrag gerichtet, sie wieder als Mitglieder aufzunehmen. Darauf hat das „Etli“ unter dem 17. September beschlossen, die Wiederaufnahme abzulehnen. Selbstredend geht das nicht ohne Beschimpfungen der Ultralinken ab, die als „minierte Kleinbourgeoisie“ bezeichnet und beschuldigt wird, „den direkten Verrat der internationalen Arbeiterklasse“ vorzubereiten.

Wo das Etli spricht, darf die deutsche „Zentrale“ nicht schweigen. Ueberflüssig zu sagen, daß sie den Bannstrahl der Moskauer Patriarchen noch einmal wiederholt. Im Rahmen der Einheitsfront!

### Hindenburg an Westarp.

Ein Antworttelegramm.

Der Reichspräsident hat auf das „Huldigungstelegramm“ des deutschnationalen Parteitag folgendes Antworttelegramm geschickt:

„Haben Sie aufrichtigen Dank für das freundliche Reminiscenzen und Ihre Glückwünsche zu meinem bevorstehenden Geburtstag. Die Beratungen Ihres Reichsparteitages begleite ich mit dem aufrichtigen Wunsch, daß Ihre Arbeit dem deutschen Volk zu Nutzen gereichen und seine Einheit fördern möge.“

Höflich, aber kaum im Sinne der Regisseure von Königsberg! Denn „Einigkeit“ und „Nutzen für das Volk“ — wozu sollen da die Deutschnationalen leben?

## Weltgeschehen.

Von Alfred Arna.

Wieder einmal rauschen Adlerflügel über die Menschheit. Amerika steigt im hochpräzistenten Fieber. Unerhörte Breche werden gezahlt? Wofür? Ist eine neue Menschenbeglückungstheorie entdeckt? Singt ein außerordentlicher Caruso? Zeigt ein Jemand einen sensationellen Weg, um ohne Anstrengung Dollarmillionär zu werden? Oder soll eine Neuauflage des Falles Sacco-Banzetti vorgenommen werden? Nichts dergleichen. Das sind nur Bagatelien, um derenwillen kein Finger gerührt, kein Dollar gezahlt werden würde. Ein Weltgeschehen im Großformat geht in Amerika in Szene. Man denke, Dempsey wird mit Tunney bogen. Gibt es Wichtigeres auf der Welt? Bestimmt nicht.

Politik, Getreidebaisse und Baumwollenhaut sind vergessen. Man legt in Zeitartikeln kaum noch die bevorstehende Präsidentenwahl auseinander, man diskutiert nicht mehr, was eigentlich Coolidge mit dem geheimnisvollen to choose gemeint hat, man schreibt nur noch über die Herren Dempsey und Tunney, wie sie in Form sind, wie sie trainiert haben, und ganz forschriftliche Zeitungen, die schon den Geist kommender Zeiten im Fingerspitzengefühl haben, umreißen die Seelen der beiden Bogen, entwerfen ein Monumentalgemälde von ihren psychischen Eigenschaften und versuchen aus diesen die Technik abzulesen. Wie sein wird die Persönlichkeit Dempseys erfaßt, wenn der schwere Kinnbalken mit der Jugend des Meisters auf einer einsamen Farm in einer weltvergessenen Gegend in Beziehung gebracht wird, oder wenn man den wuchtigen Schlag der Linken oder es mag auch der Rechten sein, aus der psychischen Einstellung der Kriegszeit erklärt. Und dann sagen noch zurückgebliebene Europäer, Amerika hätte keinen Geist. Nein, Europa ist veraltet, morisch, zurückgeblieben, beladent. Amerika gibt das moderne Beispiel.

Was macht man in Europa? Man erklärt das Werk eines Goethe oder Leonardo aus den geistigen Eigenschaften des Meisters oder man sucht von dem Werk aus die Fische zu ergründen. Wie mittelalterlich wirkt das Ganze. Kein Kind gibt dafür auch nur einen Cent. Doch Amerika hat es erfaßt, weiß, was der moderne Geist verlangt. Ist man nicht „up to date“, wenn man die kunstwissenschaftlichen Forschungsmethoden Europas auf die Vorherrschaft Amerikas überträgt. Was einem Goethe recht ist, ist einem Dempsey billig.

Während diese Zeilen geschrieben werden, schließt man drüben die letzten Betten ab, zahlt märchenhafte Preise, um nur noch einen Siebplatz zu bekommen. Ja, man fühlt den Zug der Ewigkeit. Weltgeschehen vollzieht sich. Gibt es Wichtigeres als Dempsey gegen Tunney? Nein und abermals nein! Mögen umschuldige Opfer auf dem elektrischen Stuhl verenden, mögen Baumwollspindulanten tausende Existenzen ins Unglück kürzen, mag man sich um Weltab-

## Stinkendes Öl.

„Ratin“ gegen Briand. — „Humanität“ behauptet, „Ratin“ sei von Petroleuminteressenten bestochen.

Paris, 22. September. (Eigenbericht.)

Entgegen dem getriggen Dementi des französischen Außenministers hält der „Ratin“ seine Information, daß der Schritt des französischen Botschafters in Moskau zur Abberufung von Ratomski stattgefunden habe, voll und ganz aufrecht. Das Blatt fügt hinzu, daß Briand gut täte, einfach die Instruktionen zu veröffentlichen, die er seinem Botschafter nach Moskau telegraphierte und der Bericht, den dieser über seine Schritte bei dem russischen Außenminister nach Paris mitgeteilt habe, seien von großer Bedeutung, die die öffentliche Meinung kennen müsse.

Paris, 22. September. (E.P.)

„Ratin“ hat „Humanität“ um Schadenersatz von 100 000 Franken verklagt, weil sie ziemlich durchsichtig erklärt hatte, der Forderung des „Ratin“ gegen Russland sei von englischen Petroleuminteressen finanziert.

## Der Friede in Vorderasien.

Türkischer Generalkonsul, dann Gesandter in Bagdad.

Konstantinopel, 22. September.

Nachdem nunmehr die Festlegung der türkisch-mesopotamischen Grenze fast abgeschlossen ist und andere zwischen den beiden Regierungen ausstehenden Fragen auf dem Wege der Regelung sind, hat die türkische Regierung beschlossen, sich im Irak durch einen Generalkonsul vertreten zu lassen. Der dazu auserwählte Beamte begibt sich, unverzüglich dorthin. Die türkische Regierung beabsichtigt, später eine Gesandtschaft in Bagdad zu errichten.

## Ungarisch-russischer Polizeieroman.

Die angebliche Rentendochter als Sowjetagentin.

Vor einigen Tagen las man, daß in Ungarn eine Tochter des letzten Zaren unter den ehemaligen russischen Kriegsgefangenen, die in Ungarn geblieben sind, aufgetaucht sei. Die ungarische Polizei hat die Frau verhaftet. Nun behauptet die Budapester Polizei, daß die falsche Alexandra Romanowa eine mehrfach vorbestrafte Diebin, Spionin und Agentin der Sowjetregierung sei.

Die Frau führt verschiedene Namen und beherrscht neun Sprachen, darunter deutsch, russisch und italienisch. Die Polizei sagt, daß sie eigentlich Kletchewitsch heiße und die Witwe eines russischen Arztes sei. Sie besuchte 1912 in Agram eine Handelsschule, später wurde sie Journalistin. Nach dem Tode ihres Mannes, von dem sie zwei Kinder hatte, machte sie die Bekanntschaft eines Schriftleiters des „Agrarer Tagblattes“, trieb während des Weltkrieges Spionage und wurde hierfür zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt — da kann die Spionage wahrlich nicht schlimm gewesen sein! — Sodann begab sie sich nach Wien, wo sie wegen Diebstahls einmal zu zwei und später zu vier Monaten verurteilt wurde. Während der ungarischen Rätezeit wurde sie als angebliche Pflegerin bei einer Terrorgruppe in Budapest die Aufgabe gehabt, sich an Gegenrevolutionäre heranzumachen und deren Geheimnisse auszutuscheln.

Nach dem Sturz der Rätezeit wurde sie verhaftet und verbrachte mehrere Monate im Internierenlager Jalaegerszeg, wo ein Gendarm ihretwegen entlassen wurde. Nach ihrer Entlassung fuhr sie wieder nach Wien und machte hier die Bekanntschaft eines Russen Balmowitsch, der sie, so erzählt die Budapester Polizei, veranlaßte, um viel Geld einen Auftrag der Sowjetregierung zu übernehmen. Sie fuhr den beide nach Moskau, von wo sie dann, sagt die Polizei, nach Ungarn entsandt wurde, um hier russische Kriegsgefangene zu photographieren und in einer Weise zu organisieren, daß sie jeden Augenblick der Sowjetregierung zur Verfügung stehen.

## Neuseelands 20 Millionen für Singapur.

Die Arbeiterpartei gegen den Flottenstützpunkt.

Wellington (Neuseeland), 22. September.

Die Kammer nahm mit 51 gegen 10 Stimmen die Regierungsvorlage über die Verteidigung zur See an. Sie sieht auch einen Beitrag Neuseelands zum Bau des Flottenstützpunktes in Singapur vor. Dieser Beitrag ist auf eine Million Pfund veranschlagt und soll auf sieben bis acht Jahre verteilt werden, die nach den bisherigen Schätzungen zur Fertigstellung der Marinebasis notwendig sein werden.

Premierminister Coates führte aus, der Plan, eine Marinebasis in Singapur zu schaffen, dürfe in keiner Weise als gegen Japan gerichtet aufgefaßt werden. Der Premierminister sollte der Aktion Japans während des Weltkrieges seine Anerkennung. Es herrsche in Neuseeland eine starke Strömung zugunsten der Teilnahme an dem Plan des britischen Weltreiches, Verteidigungsmaßnahmen gegen etwaige Angriffe vorzubereiten.

Holland, der Führer der Opposition, erklärte, die Arbeiterpartei im gesamten britischen Weltreiche lehne das Projekt einer Marinebasis in Singapur ab.

## Frankreichs Justiz unterstützt Amerikas.

Lecoin als Legionär verhaftet — wird verhaftet.

Paris, 22. September.

Dem Vorsitzenden des Sacco-Banzetti-Komitees, Louis Lecoin, war es gelungen, in der Verteidigung eines Legionärs am Kongress der amerikanischen Legion teilzunehmen. Er wurde darauf infolge seiner Zwischenrufe wegen „Verherrlichung des Mordes“ verhaftet und unter Anklage gesetzt. Er ist ins Santé-Gefängnis in der Abteilung für gemeine Verbrecher eingekerkert. Die Vinkblätter fordern seine sofortige Freilassung und erklären, daß er nur verhaftet worden sei, um den Amerikanern einen Gefallen zu erweisen.

## Vatikans Dank an Faschismus.

Papst lobt Mussolini — ist aber noch immer unzufrieden.

Rom, 22. September.

Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht eine vielbeachtete offiziöse Note über die römische Frage. Er betont, daß die Stellung des Vatikans in Italien grundsätzlich aus internationalen Gründen fortbestehen, um zu verhindern, daß man im Ausland eine Zusammenarbeit der Politik des Vatikans mit der Italiens vermuten könnte. Mit dem Hinweis auf die gute Abwicklung des Eucharistischen Kongresses von Bologna erkennt das vatikanische Organ an, daß die früher in Italien übliche Rücksichtslosigkeit und Härte gegen die Kirche gemäßigt wurde, was ein unbestreitbares Verdienst der faschistischen Regierung sei. Die römische Frage bleibe jedoch unverändert, wenn auch die vermeintlichen Härten viele Glauben machten, diese Frage sei beseitigt und gelöst. In Wirklichkeit ändere keine Verbesserung der Beziehungen in nebensächlichen und praktischen Fragen den juristischen Grundlag des Programms. Es sei unbestreitbare Notwendigkeit für die katholische Doktrin, daß die Freiheit und Unabhängigkeit des Kirchenvaters nicht nur tatsächlich und vollkommen sei, sondern auch als das erscheine, damit er als Vater aller Gläubigen und aller Nationen frei auftreten könne.

Anka Augspurg, die bekannte Vorkämpferin des Frauenrechts, vollendet heute ihr 70. Lebensjahr. Ihr literarischer und rednerischer Kampf gegen die Engherzigkeit des wilhelminischen „Männer“-Zeitalters war lang und schwer. Sie sieht an ihrem Lebensabend einen großen Teil der politischen und rechtlichen Frauenforderungen erfüllt. Sozialdemokratie und Revolution haben gekämpft, was unter der „zielbewußten Führung“ des Kaiserreichs unerreicht war.

Das endgültige irische Wahlergebnis sind 79 Mandate für den Regierungsbund und 73 für die Opposition, darunter 13 Arbeiterpartei und 1 Kommunist.

rüstungen und ähnliche Dinge bemühen, alles ist vergessen, denn Dempsey kämpft mit Tunney!

Bestimmt haben die Amerikaner schwere Sorgen.

## „Die Frau von Format.“

Dieses Massary-Gastspiel im Theater des Westens zeigt eine Frau von großem Format, sicher. Die Massary spielt eine Diplomatin, die einen ungarischen Grafen vor Dummheiten sogar dann bewahrt, wenn sie sich selbst einen Augenblick kompromittieren muß. Sie wuschelt in diesem Schauspiel die Gestalt, der Burche wird mondaine Frau, die Frau Buische. Die Massary ist eine begnadete Künstlerin, voller Phantasie und Einfälle, geschmeidig, sinnbegabt, Tänzerin und Kabarettistin, Kammermusikerin und Solistin zugleich. Das wissen wir seit 10 Jahren und erleben es neu. Ihr Couplet „Nebenbei“ singt ihr keine Frau der Erde so nobel, witzig, grazios, bestat nach. Aber auch die Massary braucht Nummern. Die hat ihr der Komponist Michael Krauß nur ganz spärlich gebracht. Wenn selbst eine Massary die Begeisterung für ein Werk nicht in Siedehitze bringen kann, dann ist es schlecht bestellt um die Kunst. Krauß zieht von anderen Wienern, anderen Ungarn und vom einfachen Volkslied. Seine Melodien haben keine Schlagkraft, ihr Rhythmus ist verdrängt, und es bleibt eigentlich kein einziger Schlager hängen. Das Handwerk ist sehr gut, es hört keine Aufdringlichkeit und keine Unwahrscheinlichkeit, der moderne Tanz hat bedeutenden Anteil an der ständigen Musik, die kaum über das Niveau der Hochanständigkeit hinausreicht. So kommt — bei einem gar zu düstigen Text von Schanzer und Wellisch — keine Operette von Format zustande. Sehr lustig gebärdeten sich Silla und Hansen, sehr schön sang der gar zu seriöse Hans Heinz Bollmann. In kleineren Rollen gefielen die aristokratische Hermine Sterler und die robustere Edith Schollwer.

Lautenabend Dr. Peter Bach. Dr. Peter Bach ist den Berliner Freunden des Lautenorgans kein Fremder. Der Abend, den er auf Einladung der Volksbühne in der Aula des Gymnasiums zum Grauen Kloster gab, war außerordentlich gut besucht. Peter Bach gehört zu den wenigen, die den klassischen Stil der Lautenmusik fortsetzen. Wer von ihm „Besang“ zur Laute verlangt, wird freilich enttäuscht werden. Bachs Stimme ist weder umfangreich noch gelanglich einmündig durchgebildet. Aber wenn wir heute an Lautenabenden den alten Soen Scholander unjubein, so meinen wir mit unserem Beifall ganz gemiß auch nicht seinen Besang, sondern eben seinen Lautenvortrag, diese untrennbare Einheit von singendem Vortrag und Lautenbegleitung. Diese Einheit bietet uns auch Peter Bach. Er ist der deutsche, der norddeutsche Bänkelsänger zur Laute. Damit ist sein Wirkungskreis beschränkt und umschrieben. Geht er über ihn hinaus, verliert er sich an Texten, die nichts anderes als „Bild“ sein wollen, so muß er verlagern. Aber überall, wo Deflamation im Besang möglich ist, zeigt sich Bach als Meister, ob er sich nun an ernsten Versen Georges oder an Grotesken von Morgenstern und Ringelnatz erprobt. Wirkliche „Lieber“ gelangen ihm nur, wenn es sich um ganz stille, feine Lieder handelt, die überhaupt nur ein unaufhörliches Instrument und

eine unaufdringliche Stimme verlangen. Beer-Hoffmanns „Schlaflied für Ariam“ gehörte zu den schönsten Darbietungen des Abends.

Zur Welteislehre. Diefers bereits sind wissenschaftliche Theorien, die einen bis dahin problematischen Fragenkomplex gelöst haben, von Vätern aufgestellt worden, und später erst hat die Wissenschaft den neuen Erkenntnissen zugestimmt. In dieser Lage befindet sich augenblicklich, allerdings noch viel umstritten, die Welteislehre Hans Hörbigers, der durch seine Theorie viele meteorologische Erscheinungen, die bis jetzt keine befriedigende Erklärung gefunden haben, deuten will. Hörbigers Lehre gewinnt besonders in dieser Zeit der Ueberschwemmungen und anderer Naturkatastrophen aktuelle Bedeutung, und der „Verein für kosmotechnische Forschung“ hat es sich zur Aufgabe gesetzt, das Interesse für die Welteislehre in die Masse zu pflanzen. Im Rahmen dieses Vereins hielt gestern abend im Architektenhaus Dr. ing. Voigt aus Kassel einen instruktiven Vortrag über „Unwetter und Wirbelstürme im Lichte der Welteislehre“, der in großen Zügen Hörbigers Theorie einem Laienpublikum darlegte. Es gibt Eiskörper im Sonnensystem. Dies ist wissenschaftlich nachgewiesen. Die Eiskörper werden von der Sonne angezogen und fliegen in die glühende Masse. Diese Einsturzstellen sehen wir als Sonnenflecke. Gleichzeitig gelangen aber auch Eiskörper in die Atmosphäre der Erde, die bei der Berührung mit den dichteren Luftschichten zerfallen. Das Resultat ist Hagel. Seit langer Zeit bringt das Volk Sternschnuppen — das sind nach Hörbigers Theorie Eiskörper — und Sonnenflecke in Zusammenhang mit Unwetterkatastrophen, und nach Hörbigers Theorie hätte man hier infolgedessen das Richtige getroffen. Trotz der ungeheuren Hitze von 6000 Grad auf der Sonne sammeln sich Eiskörper von genügender Größe nicht sofort. Im Gegenteil, er entzieht hier seiner Umgebung so viel Wärme, daß sich um ihn Schichten bilden. Ähnlich erst schmilzt und verdampft der Körper. Der Dampf gelangt, im Welttraum bei einer Temperatur von minus 240 Grad zum Gefrieren gebracht, durch die Strahlungsenergie der Sonne auf die Erde und ruft starke Niederschläge hervor. Es besteht demnach ein inniger Konnex zwischen Sonnenflecken und Niederschlägen auf der Erde. An Hand von reichhaltigem statistischen Material suchte Dr. Voigt diese Theorie zu stützen.

Ein Shakespeare-Fest in Kairo. Im Opernhaus zu Kairo wird eine englische Gesellschaft 24 Aufführungen Shakespearescher Werke veranstalten und damit zum erstenmal einem ägyptischen Publikum die Kunst des größten Dramatikers vorführen. Die Veranstaltung ist durch den ägyptischen Unterrichtsminister Ali Taha Schamsi veranlaßt worden und genießt die besondere Unterstützung der ägyptischen Regierung, die die Garantie für die Kosten übernimmt. An diese Shakespeare-Saison soll sich die alljährliche Aufführung italienischer Opern schließen.

Eine aussterbende Sprache. An der Valler Akademie der Wissenschaften wurde in der letzten Sitzung ein Antrag für die Wai- Sprache, eine der ältesten gälischen Dialekte, gestellt. 1901 wurde diese Sprache auf der Insel Wai nach der vorgelegten Statistik noch von 4657 Einwohnern gesprochen. Ihre Zahl ging zurück zehn Jahre später auf 3283, und 1921 zählte man noch 915 Einwohner, die den Dialekt verstanden.



# Schwere Oelschalterexplosion.

Schwierige Vöscharbeiten auf Umspannwerk Humboldt.

Im Umspannwerk Humboldt der Berliner Elektrizitätswerke in der Kopenhagener Straße 59-63 im Norden Berlins kam heute früh gegen 1/7 Uhr früh infolge Kurzschlusses ein gefährliches Feuer zum Ausbruch, das in kurzer Zeit solche Ausdehnung annahm, daß der Alarm „Großfeuer“ gegeben werden mußte.

In den Kellerräumen des umfangreichen, mit den modernsten Maschinen ausgerüsteten Umspannwerkes befinden sich die großen Oelschalter, von denen jeder etwa 400 Liter Öl enthält. Kurz nach 1/7 Uhr erfolgte eine heftige Detonation. Der Umschalter stieg auseinander und die Oelmengen entzündeten sich. In wenigen Augenblicken stand der ganze Raum in Flammen. Einige Arbeiter wurden durch den Luftdruck zu Boden geschleudert, trugen aber nur unerhebliche Verletzungen davon. Die alarmierte Feuerwehr erschien mit mehreren Vöschzügen unter der Leitung des Oberbranddirektors Gempy an der Brandstelle. Mit Sauerstoffapparaten und Gasmasken drangen die Feuerwehrleute mit Schaumgeneratoren gegen den Brandherd vor. Die brennenden Oelmengen hatten sich in einen Kabelkanal ergossen, der sich durch den ganzen Keller zieht. Erst nach zweistündiger angestrengter Tätigkeit war die Gefahr beseitigt. Ein Feuerwehrmann und ein Angestellter der Elektrizitätswerke trugen schwere Rauchvergiftungen davon.

Die gewaltige Qualmentwicklung, die die umliegenden Straßen mit dichten Schwaden erfüllte, hatte eine große Menschenmenge angezogen, so daß ein Kommando der Schutzpolizei alarmiert werden mußte, das umfangreiche Absperrungen vornahm.

Die Leitung des Umspannwerkes gibt über die Ursachen des Kurzschlusses folgende Erklärung: „Gegen 1/7 Uhr trat eine Spannungsschwankung auf, so daß sich der seit 6 Uhr in Betrieb genommene Vöschschieber auslöste. Unter heftiger Flammenbildung erfolgte Kurzschluss und der Umschaltapparat stieg auseinander. Das austretende Öl wurde entzündet und nahm seinen Weg statt in die für solche Fälle vorgesehenen Sammelbehälter, in einen Kabelkanal, der sich durch sämtliche Keller erstreckt.“

Zum ersten Male sind von der Feuerwehr Schaumgeneratoren bei einem größeren Feuer mit gutem Erfolg in Tätigkeit gesetzt worden. Insgesamt wurden 400 Kilogramm Schaumpulver verbraucht. Die Leitung der Berliner Feuerwehr beabsichtigt, jezt, nachdem die Generatoren ihre Feuerprobe bestanden haben, jeden Vöschzug mit einem Schaumgenerator auszurüsten.

# Mayr-Lori verhaftet.

Mit Hilfe des Fahndungsverfahrens in San Sebastian.

Der Mörderin Mayr-Lori, gegen die die Berliner Kriminalpolizei ein umfassendes Fahndungsverfahren eingeleitet hatte, ist, nach einer Depesche aus San Sebastian, festgenommen worden.

Wie wir ausführlich mitteilten, suchte der 27 Jahre alte Ingenieur Kurt Mayr-Lori, ein österreichischer Staatsangehöriger, durch Anzeigen eine Reisebegleiterin für Afrika. So geriet ihm eine 37 Jahre alte Stütze Margarete Stephan in die Hände. In einer Jolle, die er in Berlin kaufte, fuhr er mit der Begleiterin nach der Nordsee. Am 7. September tauchte das Boot mit der Jolle auf der Insel Weimert auf. Am nächsten Tage fuhr der Mann allein nach Norddeich, wo er das Boot verkaufte. Dann löste er eine Fahrkarte nach Emden. Am gleichen Tage wurde Margarete Stephan am Strande von Juist eingeschleppt. Der Mörder konnte nur Mayr-Lori sein. Er hatte ohne Zweifel auf die 1400 M. abgesehen, die seine Begleiterin in Berlin mitgenommen hatte. Die Mordinspektion der Berliner Kriminalpolizei ging auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Aurich den Spuren des Täters nach. Sie ermittelte, daß er am 9. September in Münster aufgetaucht und dort eine Fahrkarte nach Köln gelöst, den nächsten Zug aber nicht benutzte hatte. Die Spuren wurden weiter nach Brüssel und Paris verfolgt. Mayr-Lori hatte aber alle Orte immer schon wieder verlassen, bevor man ihn fassen konnte. Von der Mordinspektion waren u. a. auch alle deutschen Konsulate im Auslande benachrichtigt worden, und so wurde der Verfolgte gestern in San Sebastian, wo er sich mit seinen österreichischen Papieren ausweis, festgenommen. Die Mitteilung, daß der Abenteuerer, der schon wiederholt mit Behörden in Konflikt geraten und geflüht nicht ganz normal ist, auch wegen eines zweiten nicht geklärten Mordmordes gesucht werde, trifft nicht zu. Der Irrtum ist ohne Zweifel daraus entstanden, daß die bei Juist gefundene tote Jüdin für eine andere gehalten und erst nachträglich als Margarete Stephan festgestellt wurde.

# Generalversammlung der Konsumgenossenschaft.

Die kürzlich abgehaltene Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Berlin beschäftigte sich zunächst mit einigen Anträgen auf Abänderung der Satzungen; es wurde gefordert, die Amtsdauer der Generalversammlungsvertreter auf drei Jahre zu bemessen und die Zahl der zu wählenden Ersatzpersonen von drei auf sechs zu erhöhen. Die dreijährige Amtsdauer der Vertreter ist bereits von mehreren Jahren beschlossen worden; von den Kommunisten wurde indes Einspruch erhoben, der bisher im Rechtsverfahren noch keine endgültige Erledigung gefunden hat. Um klare Verhältnisse zu schaffen, machte sich eine erneute Stellungnahme der Generalversammlung notwendig. Mit 353 Stimmen gegen 70 Stimmen der kommunistischen Fraktion, also mit fünfsechstelmehrheit, gelangten die Anträge zur Annahme. Die Abstimmung zeigt, daß die kommunistische Fraktion nur noch eine einflusslose Minderheit darstellt.

Anschließend erstattete das Aufsichtsratsmitglied Genosse Buchholz einen ausführlichen Bericht über die diesjährigen Tätigkeiten der deutschen Konsumgenossenschaftsverbände und über den 12. Internationalen Konsumgenossenschaftskongress, der von der Versammlung beifällig zur Kenntnis genommen wurde, nachdem einige kommunistische Redner ihren Verdruss über die Stockholmer Beschlüsse, in denen nach ihrer Meinung den Sowjetgenossenschaften zu wenig Entgegenkommen gezeigt wurde, zum Ausdruck gebracht hatten. Das Vorstandsmitglied Genosse Wirus referierte sodann über die Bauvorhaben der Konsumgenossenschaft. Nach einem Rückblick auf die Entwicklung der Eigenbetriebe seit 1910, wobei besonders die Neuerrichtungen der letzten Jahre hervorgehoben wurden, erläuterte der Redner die sich infolge des steigenden Umfanges notwendig machenden Erweiterungen und Neubauten. Die moderne, mit den besten technischen Hilfsmitteln ausgestattete Wurstfabrik erweist sich bereits nach halbjährigem Betriebe in einigen Abteilungen als ausbaubedürftig. Die Bäckereien in Lichtenberg und Tempelhofer beginnen in kurzer Zeit mit der Herstellung von Pannkuchen; diese neue Abteilung der Backwarenherzeugung wird in der Lage sein, eine Tagesproduktion bis zu 200.000 Stück des Kleingebäcks zu bewältigen. Für die Brotfabrikation ist in der Tempelhofer Bäckerei der Bau eines Mammulofens im Gange, dessen Leistung auf 1500 Brote die Stunde bemessen ist. Von weitestgehender Bedeutung ist das Projekt, im nächsten Jahre auf dem 62.000 Quadratmeter umfassenden genossenschaftlichen Gelände in Spandau (Siemensstadt) eine vierte Bäckerei zu errichten, von der aus die Versorgung der westlichen Bezirke Berlins mit Backwaren vor sich gehen wird. Der Bau von Lagergebäuden, Autogaragen und eines Wohnhauses wird folgen, wie auch der Gedanke an einen

# Kulturarbeit in den Gemeinden.

Kommunalpolitische Reichskonferenz.

A. S. Magdeburg, 22. September. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Reichskonferenz für Kommunalpolitik schloß nach Abschluß der Aussprache über Wohnungspolitik und Wohnungskultur eine Entschließung zum Wohnungsbauprogramm, in der es heißt:

Die rechtzeitige Durchführung eines Wohnungsbauprogramms, das die Bereitstellung von Neubauwohnungen auch nur in diesem Umfang unter Berücksichtigung des vorbringlichsten Bedarfs an Kleinwohnungen zu für die Arbeiterschaft erschwinglichen Mieten sichern soll, erfordert erstens die Bereitstellung der Hauszinssteuererträge zur Bewährung von verbilligten Hypotheken aus öffentlichen Mitteln.

Darüber hinaus aber sind Erleichterungen der zur Ergänzung der öffentlichen Mittel unentbehrlichen privaten Baufinanzierung dringend notwendig. Neben Hauszinssteuerhypotheken, Hypotheken der öffentlichen Sparkassen, Sozialversicherungsanstalten u. a. wird zur Durchführung des Mindestprogramms die Aufbringung von rund 1 Milliarde Mark an Baugeldern für 1928 notwendig sein. Bei der gegenwärtigen Lage des deutschen Kapitalmarktes ist mit einer Aufbringung dieser Mittel zu erträglichen Bedingungen im Inland nicht zu rechnen. Es muß deshalb mit allem Nachdruck gefordert werden, daß alle bestehenden, die Finanzierung des Wohnungsbaues durch Auslandskredite unerschwerenden oder mindestens verteuern Maßnahmen beseitigt werden. Den Kommunen muß der Zugang zum ausländischen Kapitalmarkt erleichtert werden durch Befreiung der Sonderkontrolle durch die Beratungsstelle für Auslandsangelegenheiten. Die Kapitalertragssteuerfreiheit muß gundsätzlich für alle Auslandsanleihen öffentlicher Körperschaften gesichert werden.

Die Nichterfüllung dieser Forderungen würde das soziale Ziel des Kampfes gegen die Wohnungsnot gefährden und zugleich durch Unterbindung des Fortganges der Bautätigkeit schwere Störungsercheinungen in der Gesamtwirtschaft hervorrufen. Nur die schleunige Klärung der Finanzierungsfrage kann den Gemeinden eine fachgemäße Vorbereitung und Durchführung des Wohnungsbauprogramms für 1928 ermöglichen.

Zu dem Thema

## Kulturpflege in den Gemeinden

erhält das Wort Genosse Beyer-Rönigk:

Jede sozialdemokratische Gemeindepolitik muß ausgehen von der sozialen Struktur der Großstadt. Die wirtschaftlichen und sozialen Ziele des Sozialismus sind nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Höherführung der Gesellschaft. Damit ist die Forderung, jedem einzelnen unserer Volksgenossen nicht nur politische Freiheit und wirtschaftliche Sicherung, sondern auch größte Anteilnahme an allen Bildungs- und Kulturgütern

werden muß, der neuen Bäckerei, die an einer Wasserstraße gelegen sein wird, einen Mühlenbetrieb anzugliedern. Alle diese Baupläne werden Aufwendungen in Höhe von fünf Millionen Mark erforderlich machen. Die Finanzierung der Bauvorhaben stößt auf keinerlei Schwierigkeiten; die Inanspruchnahme fremden Kapitals ist nicht notwendig, da die Mitglieder der Genossenschaft in ihrer bewährten Treue zum eigenen Unternehmen durch Benutzung der genossenschaftlichen Sparkasse die erforderlichen Summen bereitgestellt haben.

# Der Lotteriebetrug vor Gericht.

Starker Andrang im Zuhörerraum.

Vor dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte, unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Fielig, gelangt heute die Lotteriebetrugsaffäre, deren Aufdeckung bekanntlich zu einer ungemein großen Beunruhigung der Öffentlichkeit geführt hat, zur Aburteilung. Wie groß das Interesse der Öffentlichkeit ist, beweist der Umstand, daß sich schon in der frühen Morgenstunde vor dem Sitzungssaal des Schwurgerichts II des Neuen Kriminalgerichts Hunderte von Zuhörern eingeschoben hatten, und daß immer neue Scharen anströmten. Die Rassen fanden jedoch noch verschlossene Türen, denn der Beginn der Verhandlung war erst um 11 1/2 Uhr angelehrt.

Inzwischen verhandelte die Schöffengerichtsabteilung in ihrem eigenen kleinen Sitzungssaal im alten Gebäude in aller Ruhe und Gründlichkeit über einen kleinen Diebstahlsfall. Erst nach Erledigung dieses Termines siedelte das Gericht in den großen Sitzungssaal auf der anderen Seite des Gebäudekomplexes über. Die Anlage in dem Lotteriebetrug richtet sich gegen den Lotterieberichter Rudolf Böhm und den Lotterieberichter Walter Kleinfeld. Sie werden beschuldigt, in der Zeit vom November 1926 bis Juni 1927 gemeinschaftlich durch drei selbständige Handlungen als Beamte ihnen amtlich anvertraute oder zugängliche Urkunden, nämlich Nummernrollen und Gewinnerrollen der Preussisch-Sächsischen Klassenlotterie vorsätzlich und in gewinnstüchtiger Absicht beiseitegeschafft zu haben. Von den drei Handlungen sind aber nur zwei Betrugsmanöver durchgeführt worden, und die beiden Angeklagten haben sich daher auch noch wegen Betruges zu verantworten. Außerdem stellt ihre Handlungsweise auch eine Falschbeurkundung der amtlichen Ziehungsprotokolle und der amtlichen Gewinnliste dar.

Die beiden Angeklagten werden von den Rechtsanwälten Dr. Max Alsbach und Artur Schulz verteidigt. Nach der Anklage haben sie sich des schweren Beamtenverbrechens schuldig gemacht, auf das nur allein mit Zuchthausstrafe erkannt werden kann. Zur Verhandlung sind als sachverständige Zeugen geladen: der Präsident der Generaldirektion, Geheimrat Finanzrat Dr. Huth, der Direktor der Generaldirektion, Dr. Boms, und der technische Leiter der Generaldirektion, Richter.

75 Jahre alt wird heute Genosse Albert Müller, Doppelner Straße 42, Mitglied der 46. Abteilung. Seit 1885 ist Genosse Müller politisch organisiert. Er war ein arbeitsfreudiges, opferbereites Parteimitglied, das für seine Ueberzeugung viel gelitten hat. In den letzten Jahren ist unser Alter durch Krankheit verhindert, sich noch aktiv zu betätigen. Desto eifriger verfolgt er die Kämpfe des Proletariats mit großer Aufmerksamkeit und regem Interesse.

Eine Ausstellung aller Artikel für Wochen-, Säuglings- und Kinderpflege findet anlässlich der Tagung des Allgemeinen Deutschen Hebammenverbandes in den Kammerjäten, Teitoner Str. 1/4, statt. Es gelangen auch nicht frei verkäufliche Präparate und solche, für die turpulschwere Reklame betrieben wird, zur Ausstellung. — Darum ist der Besuch dieser Veranstaltung besonders Frauen sehr zu empfehlen.

Sozialistische Arbeiterjugend. Die S.M.A. Groß-Berlin führt am Sonnabend, dem 24. Sept., um 18 und 20 Uhr, in der Festhalle der Ausstellung „Das junge Deutschland“ im Park des Schlosses Bellevue (Tiergarten, Großer Stern), eine Veranstaltung durch. Neben dem Singkreis der S.M.A. werden durch die Spielstätte einige Szenen aus dem „Sommerabendsturm“ von Schiller dargestellt. Eintrittspreis für Erwachsene 50 Hg., Jugendliche 30 Hg.

Orgelkonzerte im Dom. Das nächste Orgelkonzert von Professor Walter Richter findet Donnerstag, 22. September, im Dom statt. Es werden mit: Maria Fischer, Alt, und Rudi Delb, Violone. Programm (80 Hg.) Berechtigt zum Eintritt.

zu ertämpfen, aufs engste verbunden. Wir erkennen darum in einem regen und schöpferischen Kulturpflege, die allen Bildungsvorurteilen entgegentritt, eine unserer wesentlichsten Aufgaben.

Zu den wichtigsten kulturellen Aufgaben der Gemeinden gehören Einrichtung und Ausbau von Volksbibliotheken und Vesehallen. Sie sind, da sie weiten Kreisen des Volkes beinahe allein wichtiges Bildungsgut erschließen, in allen industriellen Vororten der Großstädte, aber auch in kleineren Gemeinden zu schaffen. Bei der Auswahl der Bücher ist der sozialistische Gedankenzirkel gebührend zu berücksichtigen. Nach Möglichkeit sollen Leitung und Personal der Volksbibliotheken wissenschaftlich oder bibliothekstechnisch geschult sein. Die Schaffung von Kinderbibliotheken und Vesehallen sind anzustreben. Angesichts der starken sozialen und pädagogischen Bedenken gegen

## das Abendgymnasium,

das unter Umständen die gegenwärtigen Examenprivilegien noch erweitern und verewigen kann, ist seiner Einrichtung nur dort näherzutreten, wo ein unabwiesbares Bedürfnis vorliegt. Eine notwendige Voraussetzung für unsere Zustimmung ist, daß das Abendgymnasium organisatorisch wie personell dem übrigen Schulbetrieb vollkommen entzogen wird und die Arbeiterschaft auf seine Führung einen entsprechenden Einfluß ausüben kann. Bei der Aufnahmeprüfung darf nicht die Schultüchtigkeit, sondern muß die Lebensfähigkeit der Bewerber zugrunde gelegt werden, der sich auch Lehrplan und Abschlußprüfung anzupassen haben. Die unter dem Namen

## „Volks-Hochschulen“

oder „Volks-Hochschulkurse“ in zahlreichen Städten organisierten Bildungsmöglichkeiten sind überall dort aufrechtzuerhalten, wo der Besuch dies rechtfertigt und ein entsprechender Einfluß der Vertreter der organisierten Arbeiterschaft gesichert ist.

Die kulturpolitische Gemeindearbeit hängt eng mit der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der breiten Volksschichten zusammen. Darum ist der Kampf um bessere Kulturpflege in den Gemeinden zugleich sozialer Kampf!

Richtlinien im Sinne der vorstehenden Ausführungen wurden ohne Diskussion genehmigt.

Eine Entschließung Uhlrig-Chemnitz gegen das Reudellische Schulgesetz wird der Fraktion im Städtetag überwiesen. Damit sind die Beratungen der Reichskonferenz beendet.

In seinem Schlusswort stellt Genosse Stelling fest, daß die von der Sozialdemokratie vertretenen Auffassungen sich immer mehr in den Kreisen ernst denkender bürgerlicher Kommunalpolitiker durchsetzen. Unter Hinweis auf die kommenden Gemeinbewahlen schließt Stelling die eindrucksvolle Tagung.

# Verkehrsflugzeug abgestürzt.

Zwei Tote, zwei Schwerverletzte.

Heute vormittag gegen 11 Uhr geriet ein Verkehrsflugzeug der Nordbayerischen Verkehrshanfa, das mit drei Damen und dem Piloten besetzt war, auf dem Wege nach Leipzig über dem Flugplatz Saale (Schwarzatal) beim Durchfliegen einer Kurve in eine Fallbö, wodurch der Apparat abstürzte. Da er sich in geringer Höhe befand, schlug der Apparat auf, wobei der Propeller zerplitterte und die linke Tragfläche brach. Der Führer des Flugzeuges, der Pilot Schnabel, war sofort tot, ebenso eine der mitfliegenden Damen. Die beiden anderen Damen wurden so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

# Deutsche Ozeanflüge in nächster Zeit?

Schwimmflugzeuge startbereit.

Die beiden deutschen Ozeanflüge, deren Bevorstehen bereits angekündigt wurde, sind in aller Stille der Durchführung entgegen gereift. Der eine dieser beiden Flüge wird von einer Gesellschaft unternommen, die vorläufig noch nicht genannt werden will. Es kann im Augenblick nur angedeutet werden, daß deutsche Schiffsfahrtskreise dem Unternehmen tätiges Interesse entgegenbringen. Die Gesellschaft hat zwei Schwimmflugzeuge gekauft, eine dreimotorige Junkers G. 24 und einen einmotorigen Heinkel-Doppeldecker. Der Junters-Apparat ist in Schweden in zahlreichen Flügen mit hoher Belastung ausprobiert worden und hat sich gut bewährt. Gegenwärtig liegt er startbereit vor Norderney, und es wird nur noch auf gutes Ozeanwetter gewartet. Ueber das Heinkel-Flugzeug und seine Bereitschaft für den Flug verlautet einmütigen nichts. Der Flug soll über die Azoren führen, wo für die vorgesehene Zwischenlandung Betriebsstoff- und Materiallager eingerichtet worden sind. Den zweiten Flug unternimmt die Firma Rohrbach. Von den beiden Flugbooten, die ebenfalls die Route über die Azoren nehmen sollen, absolviert das eine gegenwärtig in Kopenhagen seine Probeflüge, während das andere gestern von Berlin nach Dänemark abgegangen ist. Dieser Flug soll die Eröffnung eines regulären Transatlantikverkehrs darstellen. Um den Beweis zu erdringen, daß das Unternehmen durchsicher ist, wird dieser Flug dreimal in beiden Richtungen, also dreimal nach Amerika und zurück, durchgeführt werden. Die Piloten, die diese beiden Flugboote führen werden, sind Ude und Steinborff. Die Durchführung beider Flüge steht in allernächster Zeit bevor.

# Der Boxkampf Dempsey-Tunney.

Für 2 1/2 Millionen Dollar Karten verkauft.

New York, 22. September.

Im Hinblick auf den Boxkampf Dempsey-Tunney, der heute abend 9 1/2 Uhr Ortszeit (Freitag morgen 1/4 Uhr mitteleuropäischer Zeit) beginnen wird, sind in Chicago bereits 50.000 Personen aus den verschiedensten Teilen der Vereinigten Staaten eingetroffen, auch aus Kalifornien. Es sind bereits mehrere Millionen Dollar für oder gegen die beiden Boxer gewettet worden. Während in der letzten Zeit die Wetten meist zugunsten von Tunney ausfielen, sind die Wettbeträge für die beiden Boxer jezt so ziemlich gleich geworden. Beide sind ihres Sieges gewiß. Man befürchtet, daß es vor Beginn des Kampfes zwischen rechtmäßigen und unrechtmäßigen Inhabern von Plätzen zu heftigen Szenen kommen wird. Bis jezt sind Karten für 2 1/2 Millionen Dollar verkauft worden.

Der Winter naht! Der Totalausverkauf des Herrengarderoben-Spezialgeschäftes Gewandwaren, 24 in der Friedrichstr. ist für die richtige Zeit gekommen. Wenn Sie es nicht wissen, da in ganz kurzer Zeit die gesamten vorhandenen Lagerbestände von Herren- und Damenmoden, Herren- und Damenanzügen, Mänteln, Hosen usw. ausverkauft werden müssen, sind die Preise rüchsiglos, zum Teil weit unter Einkaufspreis, herabgesetzt.



## Anpassung an die Konzentration. Zu den Leipziger Beschlüssen.

Die Beschlüsse der vier Organisationen, die übereinstimmend die Schaffung eines Einheitsverbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter zum Ziel haben, setzen mit starkem Schwunge die Bewegung der Gewerkschaften fort, sich der Konzentration des Kapitals anzupassen. Diese Konzentration hat seit dem Kriege nicht nur außerordentlich große und schnelle Fortschritte gemacht, sondern ist gleichzeitig, durch die Inflation begünstigt, von der sogenannten horizontalen zur vertikalen Form übergegangen.

Auch früher gab es in Großbetrieben betriebsfremde Handwerker. Auch vor dem Kriege waren einzelne Unternehmungen bestrebt, sich von den Halb- und Rohstofflieferanten möglichst unabhängig zu machen. Aber während dieser Konzentrationsprozesse trübte in der Hauptsache sich auf dem Wege der Einrichtung oder des Ankaufes von betriebsfremden Werken vollzog, geschickter als heute durch eine immer verzweigtere Verbindung des anonymen Aktienkapitals, dessen verschlungene Pfade zwar nicht immer leicht erkenntlich sind, aber desto sicherer zum Ziel des Kapitalismus führen.

Wenn die Gewerkschaften gegenüber dieser Entwicklung auf ihrem Berufs- oder Betriebsstandpunkt verharrten würden, dann wäre ihre Niederlage in absehbarer Zeit besiegelt. Wenn die Gewerkschaften dagegen sich dieser Entwicklung schnell genug anpassen und ihre Organisationen entsprechend umstellen, dann bedeutet die Konzentration des Kapitals praktisch eine außerordentliche Stärkung der Position der Gewerkschaften.

Dem mit der Ausdehnung der Unternehmungen erhöhen sich auch ihre Angriffsmöglichkeiten. Es ist für jeden Gewerkschaftler heute ein Gemeinplatz, daß es keineswegs einer ausgedehnten Streikbewegung bedarf, um selbst das größte Unternehmen schachtmatt zu setzen. Es genügt vollkommen, wenn ein bestimmter Teil von Facharbeitern eines Werkes die Arbeit niederlegt, um weit entfernt liegende Riesenbetriebe, die scheinbar in keinem direkten Zusammenhang mit jenem Werke stehen, zum Verlaufe zu verurteilen und einen kapitalistischen Riesenkonzern den schwersten Erschütterungen auszuliefern. Dagegen hilft keine Streikversicherung und keine noch so scharfmacherische Unternehmerorganisation. Die Kommunisten mit ihrer vorfindlichen Generalstreiktheorie ahnen gar nicht, wie sehr sie hinter der Entwicklung zurückgeblieben sind.

Gewiß, eine solche Taktik erfordert auf gewerkschaftlicher Seite große, festgefügte, finanziell leistungsfähige Organisationen und nicht Berufsorganisationen, die einander die Mitglieder streitig machen. Daß kleinere Berufsorganisationen außerstande sind, zum Beispiel eine allgemeine Lohnhöhung dadurch einzuleiten, daß ein Teil der Belegschaft eines bestimmten Unternehmens als Sturmtrupp vorangeschickt wird, liegt auf der Hand.

Deshalb ist es selbstverständlich, daß auch die Leipziger Beschlüsse nicht das letzte Wort gerade im Nahrungsmittelgewerbe sind. Es handelt sich um eine Etappe. Man braucht nur die schwarzweißen Hoteltrübs mit ihren „Nebenbetrieben“ sehen, um sich darüber klar zu sein, daß die Gewerkschaften wohl auf dem rechten Wege, aber noch nicht am Ziele sind.

## Die Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn Das örtliche Wahlergebnis.

Bei der Reichsbahn werden alljährlich in einem Wahlgange gewählt: Die örtliche Betriebsvertretung, die Bezirksvertretung und der Hauptbetriebsrat. Ueber das Ergebnis der Wahl zu den Betriebsbetriebsräten und zum Hauptbetriebsrat haben wir bereits berichtet; nun liegt auch das örtliche Wahlergebnis vor. Nach den Feststellungen des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands sind in 5067 Dienststellen 16 868 Betriebsratsmitglieder einschließlich der Betriebsobmänner gewählt. Von der Gesamtzahl der Mandate entfielen auf den freigewerkschaftlichen Einheitsverband 13 218 (78,38 Proz.), auf die christliche Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (GdE.) 2172 (12,89 Proz.), auf den Hirsch-Dunckerischen Allgemeinen Eisenbahnerverband (AEB.) 713 (4,23 Proz.) Mandate. Der Rest verteilt sich auf verschiedene sonstige Organisationen (231 Sitze) und die Unorganisierten, die 534 Sitze erhielten.

Der Gewinn des Einheitsverbandes beträgt 1548 Mandate. Der GdE. gewinnt 381 Sitze, während der AEB. gegen das Vorjahr 20 Mandate verliert. Das für den Einheitsverband günstige Wahlergebnis zum Hauptbetriebsrat und zu den Betriebsbetriebsräten tritt bei dem örtlichen Wahlergebnis noch stärker in Erscheinung. Sein Stimmenanteil betrug bei der Wahl zum Hauptbetriebsrat 73,08 Proz.; sein Anteil an den örtlichen Mandaten beträgt dagegen 78,38 Proz., die Steigerung demnach 5,3 Proz. Der Anteil der übrigen Organisationen an dem örtlichen Ergebnis tritt gegenüber der Wahl zum Hauptbetriebsrat stark zurück. Der Anteil der GdE. am örtlichen Ergebnis ist um 5,52 Proz., der des AEB. um 3,08 Proz. geringer als beim Hauptbetriebsrat. Diese Gegenüberstellung zeigt, daß die Gegner des Einheitsverbandes ihr Hauptgewicht auf die zentrale Vertretung im Hauptbetriebsrat legen. Sie wollen anscheinend von der oft sehr schwierigen und mühevollen Arbeit in den örtlichen Vertretungen nichts wissen und überlassen gerne die Verantwortung dem Einheitsverband. Erfreulicherweise ist die Zahl der unorganisierten Betriebsratsmitglieder von 1042 im Vorjahre auf 534, also um die Hälfte, zurückgegangen. Es wird Aufgabe der

Funktionäre und Mitglieder des Einheitsverbandes sein, diesen Zustand restlos zu beseitigen, da unorganisierte Betriebsräte eine Gefahr für die Belegschaft bedeuten und ein Spielball in der Hand der Verwaltung sind.

Das äußerst günstige Wahlergebnis muß für die freigewerkschaftlichen Eisenbahner ein neuer Ansporn sein, für die Ausbreitung des Einheitsverbandes zu werden und seine Kampfkraft zu erhöhen, um die Reichsbahn-Gesellschaft zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu zwingen.

## Lohnvereinbarung in der Herrenkonfektion. Von den Arbeitern angenommen.

In der gut besuchten Versammlung der Berliner Herrenkonfektionsschneider am Mittwochabend in den Residenz-Festlohn hielt der Berliner Bevollmächtigte des Krankenunterstützungsbundes der Schneider, Genosse Eder, einen Vortrag über die Bedeutung der Gründung einer Innungs-Krankenkasse. Diese Kasse wurde durch Beschluß der Berliner Schneiderinnung zum 1. Oktober ins Leben gerufen, lediglich zu dem Zweck, erkrankte Arbeiter besser zu kontrollieren und dadurch Ersparnisse machen zu können. Gegen diese Gründung müssen sich die Schneider schon vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt aus wenden, auch weil nicht eine weitere Zersplitterung im Krankenkassenwesen, sondern eine mögliche Vereinheitlichung erstrebt werden müsse. Diese Forderungen haben keine Lebensfähigkeit. Der Referent forderte die Versammelten auf, durch den Eintritt in den seit 53 Jahren bestehenden Krankenunterstützungsbund der Schneider diese Innungs-Krankenkasse gar nicht erst lebensfähig werden zu lassen.

Sodann gab Genosse Bloog vom Hauptvorstand des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes den Bericht von den Lohnverhandlungen. Da die Unternehmer in den freien Verhandlungen alle Forderungen der Arbeiter abgelehnt hatten, mußten die Verhandlungen vor dem Schlichter des Reichsarbeitsministeriums, Dr. Königberger, fortgesetzt werden. Nach langwierigen Verhandlungen kam es endlich zu einer Vereinbarung, wonach ab 1. Oktober bis 30. April 1928 sämtliche Löhne um 10 Proz. erhöht werden sollen. Der Schlichter hatte mit unvorhergesehener Durchsichtigkeit durchblicken lassen, daß er, wenn keine freie Vereinbarung zustande kommen sollte, einen Schiedsspruch fällen würde, der nur die seit dem letzten Tarifabschluß eingetretene Lohnerhöhung berücksichtigte, wie sie der Reichsminister ausweist. Aus diesen Äußerungen des Schlichters kann man wohl schließen, daß die Schlichter Anweisungen bekommen haben, über ein bestimmtes Maß von Lohn erhöhungen nicht hinauszugehen. Genosse Bloog empfahl der Versammlung die Annahme dieser Vereinbarung, da kaum damit zu rechnen sei, daß selbst durch einen längeren Kampf eine wesentlich größere Lohnhöhung erreicht werden könnte. Durch diese Vereinbarung ist es auch gelungen, für Steatin und Mainz eine völlige Angleichung an die Löhne der Waghäuser und in den übrigen Bezirken eine bedeutende Annäherung an diese Löhne zu erreichen.

Nach einer längeren Diskussion, in der das Für und Wider reichlich erwogen wurde, stimmten die Versammelten mit großer Mehrheit der Vereinbarung zu.

## Der Tarifkonflikt der Puhzer. Die Unternehmer provozieren den Streik.

In der zu Dienstagabend nach den Residenz-Festlohn einberufenen überfüllten Versammlung der im Bauergewerksbund organisierten Puhzer berichtete der Fachgruppenleiter Genosse Lehning über das Ergebnis der bisherigen Tarifverhandlungen. Der Bauergewerksbund hatte den Tarifvertrag der Puhzer zum 30. September gefündigt, um endlich den veralteten üblichen Brauch zu beseitigen, daß der größte Teil der Arbeiten der „freien Vereinbarung“ zwischen Arbeitern und Unternehmern unterliegt. Die Fachgruppenleitung hatte den Unternehmern einen Vertragsentwurf unterbreitet, der für alle vorkommenden Arbeiten feste Preise vorsah.

Die ersten Verhandlungen am 29. August mußten vertagt werden, weil die Unternehmer erst ihre Gegenvorschläge ausarbeiten wollten. Die Verhandlungen am 14. und 19. September führten zu keiner Verständigung. Die Unternehmervertreter hatten

auf die Forderungen der Verhandlungskommission der Puhzer nur immer die eine Antwort „unannehmbar“. Sie beschloß sogar die Streik, der Verhandlungskommission einen Tarifentwurf vorzulegen, der gegen den jetzigen Zustand noch bedeutende Verbesserungen vorsieht. Genosse Lehning verlas diesen „Tarifentwurf“, der von den Versammelten mit schallendem Gelächter quittiert wurde.

Die Unternehmervorschläge bedeuteten einmal einen Abbau des Abschlagslohnes um 4 Pf. pro Stunde, zum anderen aber auch eine Kürzung der bisherigen Akkorddienste um 13 bis 24 Prozent. Daraus erklärt die Arbeitervertreter, daß jedenfalls am 30. September der alte Tarif abläuft und sie für die dann eintretenden Folgen jede Verantwortung ablehnen.

In längerer sachlicher Diskussion wurde die Haltung der Verhandlungskommission gebilligt und das geradezu provokatorische Verhalten der Unternehmer geißelt. Einmütig vertraten alle Redner die Auffassung, daß an den Forderungen unbedingt festgehalten werden muß, um dem gegenwärtigen unhaltbaren Zustand in der Akkordpreisfestsetzung ein Ende zu machen. Wenn es nicht anders geht, müsse am 1. Oktober die Arbeit niedergelegt werden.

Die Fachgruppenleitung wurde beauftragt, alle Vorbereitungen für den Streik zu treffen und am 29. September in einer neuen Fachgruppenversammlung die Streikabstimmung vorzunehmen. Zweifelloserweise werden die Puhzer am 1. Oktober die Arbeit geschlossen niederlegen, wenn die Unternehmer ihren Standpunkt nicht noch gründlich revidieren sollten.

## Tariffbewegung in der Kunst- und Handelsgärtnerei.

Die Berliner Kunst- und Handelsgärtner stehen in einem schweren Kampf um den Abschluß eines Mantel- und Lohntarifvertrags. Trotz weitestgehendem Entgegenkommen der Arbeiter scheiterten die Verhandlungen mit dem Reichsverband des deutschen Gartenbaues e. V. Nach Ansicht dieser Vertreter des deutschen Gartenbaues kann nur dann ein Tarifvertrag abgeschlossen werden, wenn die Arbeiter sich als zur Landwirtschaft zugehörig betrachten und dann Bedingungen unterordnen, die man nicht wagt, selbst der Landarbeiterschaft anzubieten.

Als nach dem Scheitern der Verhandlungen der Schlichtungsausschuss angerufen wurde, erklärte die Ortsgruppe Berlin des Reichsverbandes, sie sei tarifunfähig, weil laut ihrer Satzungen auch Arbeitnehmer in leitenden Stellungen als Mitglieder aufgenommen werden können. Obwohl die Absicht der gewollten Tarifunfähigkeit klar zu erkennen war, trat der Schlichtungsausschussvorsitzende Gewerbetar Köpfer der Auffassung des Reichsverbandes bei. Der stellvertretende Schlichter, dem dieser Fall zur Beurteilung unterbreitet wurde, gab die Erläuterung ab, daß er der Auffassung des Schlichtungsausschusses Berlin nicht beitreten könne, lehnte aber ein Verfahren, von Amts wegen einzuleiten, ab. Mit ihm ist nun das Schlichtungsverfahren gegen 160 Firmen der Berliner Kunst- und Handelsgärtnerei eingeleitet.

In der demnächst stattfindenden Verhandlung wird mit aller Gründlichkeit das Elend der Gärtnereiarbeiter der Berliner Kunst- und Handelsgärtnerei den Schlichtungsbehörden vor Augen geführt werden.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freizeitsport: Dr. John Schimonek; Lokales und Sonstiges: Fritz Karst; Angelegenheiten: G. Giese; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 88, Lindenstraße 2.

## Mißfarbene Zähne

entstellen das schönste Antlitz. Ueber Mundgeruch nicht abgehend. Welche Schönheitsfehler werden gründlich beseitigt oft schon durch einmaliges Putzen mit der herzlich erfrischend schmeckenden „Chlorodont-Zahnpasta“. Die Zähne erhalten danach einen wunderbaren Glanz, auch an den Seitenflächen, besonders bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens formulierten „Chlorodont-Zahnbürste“ mit gepoltem Borstenhaare. Bauliche Sperrstoffe in den Zahnlückenräumen als Ursache des lästigen Mundgeruchs werden gründlich beseitigt. Versuchen Sie es zunächst mit einer kleinen Tube zu 60 Pf. „Chlorodont-Zahnbürste“ für Kinder 70 Pf., für Damen 1.25 (weiße Borsten), für Herren 1.25 (harte Borsten). Nur echt in blau-grüner Originalpackung mit der Aufschrift „Chlorodont“. Liberal zu haben.

hat eine neue Verkaufsstelle

# Fasan

## Koffbuser Damm 76

eröffnet!

Fasan-Schuhe gelten unter Kennen als die preiswürdigsten Erzeugnisse der gesamten Schuhindustrie

**EINHEITSPREISE:**

Marke Fasan . . . . .	m. 12.50
Marke Silberfasan . . . . .	m. 16.50
Marke Goldfasan . . . . .	m. 19.50

**VERKAUFSTELLEN:**

Berlin O, Warschauer Straße 31  
(Ecke Revaler Straße)

Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 20

Berlin S, Kottbuser Damm 76



**Rudolf Fink, Berlin NW 21**  
Turmstr. 6.  
vis-à-vis Kriminalgericht  
Alt-Moabit 83 und Uhlandstraße 106.

**Aus eigener Spezial-Rösterei stets frisch gerösteter Kaffee:**  
Pfd. 2.50, 3.-, 3.80, 4.20, 4.60 M.  
von bekannter Güte, Aroma und Ergiebigkeit.

**Echt Chinesischer und Indischer Tee.**  
Kakao, Zucker, Schokoladen, Kekse u. Vanille, pr. Eiernudeln, Tafel-Reis, Wiener Auszugsmehl, Feinkostwaren, ff. Liköre und Spirituosen, Gut gepflegte Rot-, Weiß- und Stärkungswelne.

**Echte Braunsch., Thür. u. Westf. Wurst- u. Fleischwaren, Käse - Auswahl, frische Eier zu billigen Tagespreisen.**

**Butter-Handlung.**

**Sehr preiswert: Neue Frucht-Konfitüren, Ananas 2-Pf.-Dose 1.50 M.**

**Schaufenster-Tapete!**  
Alle Eigenmuster ohne Zwischenhandel.

**Sächsische Tapeten-Industrie,**  
Berlin W., Wilhelmstr. 44, zwischen Leipziger u. Zimmerstr.

**Qualitäts-, Rabat- u. Reklamemarken gegen Nachahmung geschützt, resp. fertigt seit 45 Jahren als Spezialität.**

**Conrad Müller**  
Leipzig-Schkeuditz

**Krause-Pianos**  
zur Miete  
W50, Ansbacherstr. 1

Wer probt, der lobt!  
Täglich frische Gras-  
**Butter 1.40**  
und 1.60 pro Pfund.  
Wegner, Berlin SO  
Mariannenstraße 24

# TOTAL-AUSVERKAUF

Wegen vollständiger Aufgabe des Herrngarderoben-Spezialgeschäftes Gertraudenstraße 24. Das gesamte vorräufige Lager und die noch im Auftrag befindlichen Waren müssen in ganz kurzer Zeit vollständig ausverkauft werden. Es gelangen zum Verkauf mehrere Tausende feinste

## modernste fertige Herren-Anzüge, Mäntel, Hosen usw.

Die Preise sind rücksichtslos herabgesetzt, zum Teil weit unter Einkaufspreis!

Blaue und farbige Herren-Jackelt-Anzüge, Tanz-, Smoking-, Frack-Anzüge, Herren-Herbst- und Winter-Mäntel, Herren-Loden- und Gummi-Mäntel, gestreifte Herren-Kammgarnhosen, Konfirmanden-Anzüge, Jünglings- und Knaben-Anzüge und Mäntel

Benutzen Sie diese beispiellos günstige Gelegenheit zum Einkauf Ihres Herbst- und Winterbedarfs. — Kommen Sie möglichst vormittags. — Riesen-Auswahl,

# Herrenbekleidung Gertraudenstr. 24

gegenüber der Petrikirche